

Blaue Post

NR. 15

ZEITUNG DER AfD-FRAKTION SACHSEN

KOSTENLOS



Zehn Euro Rentenzuschlag pro Arbeitsjahr!

Forderung der AfD-Fraktion

Nach einem Bericht der sächsischen Regionaldirektion der Bundesagentur für Arbeit gibt es in Sachsen fast 10.800 Beschäftigte sowie über 47.000 Minijobber, die bereits im Rentenalter sind, aber weiterhin arbeiten gehen. Die Gründe dafür sind vielfältig. Einige, weil sie als Fachkräfte gebraucht werden und gerne länger arbeiten möchten. Viele sind aber auch gezwungen, über das Rentenalter hinaus zu arbeiten, weil ihre Rente zu niedrig ist. Nicht nur in Sachsen, sondern auch in den anderen Bundesländern leben Rentner mittlerweile in Armut.

Unvorstellbar, dass es im reichen Deutschland Altersarmut gibt. Auch die zukünftige Rentnergeneration wird massiv davon betroffen sein, wenn das Rentenniveau weiter abgesenkt wird und die Besteuerung der Renten steigt. Was die Altparteien, an der Spitze CDU und SPD, bisher abgeliefert haben, ist ein Armutszeugnis und ein Schlag ins Gesicht der arbeitenden Be-

völkerung. Wenn beispielsweise ein Koch oder eine Friseurin 45 Jahre lang arbeiten und um die zwölf Euro pro Stunde verdienen sollten, so werden diese Steuerzahler nach derzeitigem Stand gerade mal so auf eine Rente kommen, die knapp über dem Grundsicherungsniveau in Höhe von ca. 800 Euro liegen wird.

Das ist ein untragbarer Zustand. Wenn jemand sein Leben lang hart gearbeitet sowie Steuern gezahlt hat und dennoch keine Rente bekommt, von der er halbwegs leben kann, dann ist das ein Skandal und spiegelt nicht die Lebensleistung wider. Deshalb hat die AfD-Fraktion einen Vorschlag ausgearbeitet. Wir möchten diejenigen belohnen, die gearbeitet haben, und deshalb pro Arbeitsjahr 10 Euro aufschlagen, sodass die betroffenen Arbeitnehmer nach 45 Jahren eine Rente in Höhe von ca. 1250 Euro erhalten. Dies dann natürlich auch steuerfrei. Höhere Rentenansprüche bleiben natür-

lich erhalten. Damit wäre für ein würdiges Auskommen auch im Rentenalter gesorgt. Was die Finanzierung dieser Zusatzrente angeht, so möchte ich darauf verweisen, dass wir in Deutschland kein Problem mit Steuereinnahmen haben, sondern mit den Ausgaben. Hier wird scheinbar ohne Sinn und Verstand Geld zum Fenster rausgeworfen. Es werden Milliarden für fragwürdige Klima- und Genderprojekte, marode Banken, Pleitestaaten und die Versorgung hunderttausender Wirtschaftsflüchtlinge bereitgestellt. Ich halte es deshalb für unwürdig, darüber zu diskutieren, ob wir die Zusatzrente für Menschen finanzieren können. **Die AfD ist die neue soziale Kraft in Deutschland, eben eine Volkspartei, die nicht mehr wegzudenken ist.**



von
André Wendt
MdL

CDU + Linke Nationale Front?

„[...] um eine Regierung (gegen die AfD) zu bilden [...] sind neue bunte Dreier-Konstellationen gefragt; und vielleicht koalieren dann CDU mit Linken und Grünen in Potsdam.“

Das schreibt die „Berliner Zeitung“, nachdem der brandenburgische CDU-Chef Senftleben eine Koalition mit der Linkspartei nach der Wahl 2019 nicht ausschloss. Die sächsische CDU schließt eine solche Koalition aus – noch. Denn auch die Kollegen in Brandenburg hatten noch vor einem halben Jahr die Koalition mit der Linkspartei ausgeschlossen.

In Sachsen ist es 2019 gut möglich, dass keine Regierung gegen unsere Bürgerpartei gebildet werden kann. Wir werden sehen, was dann von der Haltung der CDU Sachsen zur Linkspartei übrig bleibt. Ich bin überzeugt: Die CDU wird auch dieses letzte, konservative Tabu fallen lassen, wenn es zum Machterhalt nötig ist. Der

CDU-Ministerpräsident NRW, Laschet, sagte im Februar, dass der „Markenkern der CDU nicht das Konservative“ sei. In der Tat: Multikulti, Islam und Doppelpass, Klimahysterie und Fahrverbote, Homo-Ehe und Gender-Kompetenz-Zentren, wie jetzt in Dresden eingerichtet – die CDU im Jahr 18 unter Merkel ist nur noch eine leere Hülle: Sie ist inhaltlich, weltanschaulich und auch personell vollkommen entkernt.

Am Ruder sind die Leichtmatrosen Laschet, Senftleben und Kretschmer. 2019 könnte dann das „bunt geschmückte Narrenschiff Utopia“ auch in Sachsen bittere Realität werden. Unsere Aufgabe ist es, diesen Albtraum von Franz-Josef Strauß mit einem Wahlergebnis von über 30% zu verhindern!



Mit Steuergeldern auf dem Semperoperball feiern

Ein Besuch auf dem Semperoperball ist schön und unvergesslich. Noch viel schöner ist es, wenn ein anderer die Kosten dafür übernimmt. So oder ähnlich scheint es für die Staatsregierung letztes Jahr gewesen zu sein.

Unsere Kleine Anfrage (6/12567) ergab, dass die Staatsregierung den Semperoperball 2017 ordentlich auf Kosten des Steuerzahlers genoss. Für Tischbestellungen und Karten auf Sachsens berühmtes-

und Herren nicht gewillt, mit ihrem fünfstelligen Einkommen ihr Vergnügen selber zu bezahlen? Diese kleinliche Kritik kann die Staatsregierung sicherlich nicht nachvollziehen, dafür aber umso mehr die brav arbeitenden und steuerzahlenden Sachsen. Der Opernball ist nicht dafür bekannt, dass politische Prozesse angeschoben oder durchgeführt werden. Ich kann mir allerdings vorstellen, dass die Regierung Kontaktpflege und Repräsentation als ureigene Aufgabe als Ausrede dafür ins Feld führt.



Semperoper Dresden

ten Ball sind exakt 21696 Euro sowie für das Bankett 12350 Euro aus Steuermitteln geflossen.

Dabei sollte man wissen, dass die günstigsten Kartenpreise bei 325 Euro beginnen. Um ganz vorn an einem der VIP-Tische zu sitzen, muss man über 2300 Euro hinlegen. Solange der Steuerzahler das Vergnügen der Regierung bezahlt, ist für gute Stimmung bei den Damen und Herren gesorgt. Es ist menschlich, dass auch Vertreter der Staatsregierung gerne als Gäste auf dieser in Deutschland wohl einmaligen Luxusveranstaltung teilnehmen möchten. Unverständlich für mich ist es allerdings, dass dies die Steuerzahler - also wir Bürger - finanzieren müssen. Sind die Damen

Die kann aber nicht gelten, denn kein einziger Abgeordneter des Landtages – egal von welcher Partei – kann sich finanziell zurücklehnen und auf Steuerzahlerkosten Walzer tanzen und Champagner trinken. Diese Selbstbedienstungsmentalität muss aufhören. Wir möchten gerne von der Staatsregierung wissen, wer auf Kosten des Steuerzahlers auf dem Semperoperball war und ob derjenige nachträglich ein Mindestmaß an Anstand besitzt und seine verursachten Spesen aus eigener Tasche bezahlt.



von
André **Barth**
MdB

Dem Bürger eine starke Stimme geben!

Spätestens seit dem letzten Bundestagswahlkampf war von allen Parteien immer wieder zu hören, wie sehr sie sich nun um den Bürger kümmern, ihm zuhören, seine Meinung ernst nehmen wollen. Was davon wird sich in der Realität widerspiegeln?

Die AfD setzt sich seit ihrer Gründung für mehr Mitbestimmung der Bürger ein und hat dies auch als einen der ersten Punkte in ihrem Parteiprogramm verankert. Das treiben wir gezielt voran und möchten damit auf der kommunalen Ebene beginnen.

Ich bin nicht nur Landtagsabgeordneter des Freistaates Sachsen, sondern auch Bürger der Stadt Großschirma. Somit beschäftigt mich, wie alle Großschirmaer, seit vielen Jahren der Ausbau der Bundesstraße B101. Bereits im Juni 2016 haben sich der Stadtrat und eine Unterschriftensammlung der Bürger gegen den Ausbau der innerörtlichen

Ampelkreuzung – welches die Vorzugsvariante des Landesamtes für Straßenbau und Verkehr (LASuV) ist – ausgesprochen. Da bislang weder eine zufriedenstellende Lösung für alle Beteiligten präsentiert noch das Bürgerinteresse durch das LASuV wahrgenommen wurde, habe ich in meiner Funktion als „Bürgervertreter“ Ende März 2018 eine kleine Anfrage an die sächsische Staatsregierung gestellt (Drs 6/12883). Ich wollte erfahren, welche Varianten geplant sind, wie sich die zeitliche Umsetzung gestaltet, aber vor allem auch inwieweit die Stadtverwaltung, der Stadtrat und die Bürger Großschirma's in die Planung mit einbezogen wurden.

Erfreulicherweise macht sich auch die regionale Presse gemeinsam mit uns stark für die Sache (Freie Presse vom 17.04.2018). Wir rechnen mit einer Antwort der Staatsregierung bereits diese Woche (16. KW).

Sollte diese nicht zufriedenstellend ausfallen, werde ich gezielt nachhaken und Transparenz einfordern!

Meine Partei und ich werden sich zukünftig sehr stark vor allem um die Belange der Bürger kümmern. Darum rufe ich jeden dazu auf, Missstände und Sorgen an uns heranzutragen! Auch die Presse möchte ich weiter ermuntern, uns auf unserem Weg zu begleiten. Nur durch gezielte Informationen durch Sie als Bürger dieses Landes und eine sachliche Berichterstattung durch die Presse können wir Druck auf die Regierung ausüben und dem Bürger eine starke Stimme geben - das ist unser Verständnis von Demokratie!



von
Dr. Rolf **Weigand**
MdL

Wie weiter an unseren Schulen?

Immer wieder erreichen mich Mails und Briefe von Lehrern aus Sachsen, die sich über die Zustände in ihren Klassen beschweren. Zustände, die vor zehn Jahren noch undenkbar waren. Die meisten Lehrer bemängeln den Autoritätsverlust der Schüler gegenüber den Lehrern. Besonders der Brief einer Lehrerin hat mich sehr nachdenklich gestimmt. So schrieb sie mir:

„Im Laufe der letzten Jahre musste ich feststellen, dass meine Rechte sich immer weiter verringern. ... Als Lehrer habe ich kein Ansehen mehr und sobald ich einmal laut werde, muss ich mit einem Elternanruf rechnen oder man lacht mich schlichtweg aus. Kollegen geht es genauso. Die Schulleitung fällt uns Lehrern dabei grundsätzlich in den Rücken. ... Wenn sich Kinder auf dem Schulgelände prügeln, muss ich mittlerweile überlegen, ob ich sie wirklich auseinander zerre oder ob das bereits ihr Recht auf gewaltfreie Erziehung verletzt. Schließlich darf ich sie nicht einfach am Arm packen. Solchen Situationen begegne ich täglich. Sehr viele Schulstunden gestalten sich oft zum Horrortrip. Anfangs

waren es überwiegend Migranten, welche sich daneben benahmen. Heute stelle ich fest, dass sich fast alle Schüler gegenüber uns Lehrern respektlos verhalten. ... Die Zustände sind nicht mehr zu ertragen. Man wird beleidigt, belächelt, aus dem Klassenraum gesperrt, bedroht. Schüler bewerfen Lehrer mit Kügelchen, machen Fotos und Videos von ihnen. Wie soll es erst in 10 Jahren aussehen?“

Der in verkürzter Form wiedergegebene Brief zeigt in erschreckender Form, wohin uns unsere wert- und kulturfreie Erziehung geführt hat. Eine frustrierte und resignierende Lehrerschaft, die mit der Teilverbeamtung auch noch gespalten wird. Noch ist das Bildungsniveau in Sachsen gut, doch oder gerade deswegen ist das Kultusministerium gefordert. Die Rechte der Lehrer müssen wieder gestärkt werden, die Schulbehörde muss sich vor ihre Lehrer stellen.



von
Karin **Wilke**
MdL



Symbolbild: Schule

Schleuser stoppen Fernbusse kontrollieren



Symbolbild: Fernbus

Sachsen verzeichnet jeden Monat einen stetigen Neuzugang von 500 bis 1000 Asylsuchenden. Knapp 200 werden im gleichen Zeitraum abgeschoben bzw. verlassen den Freistaat freiwillig. Die Probleme rund um die illegalen Einreisen werden also nicht kleiner und offensichtlich hat die CDU-SPD-Regierung in Sachsen hieran auch kein Interesse. Anders ist die Antwort auf meine Kleine Anfrage zur Kontrolle von Fernbussen (Drs. 6/12641) nicht zu erklären. Ich fragte, in welcher Weise eine Kontrolle des grenzüberschreitenden Fernbusverkehrs durch die sächsische Polizei erfolgt. Die Staatsregierung antwortete: „Die Kontrolle des grenzüberschreitenden Verkehrs obliegt originär der Bundespolizei. Der Schwerpunkt der Kontrollen durch die sächsische Polizei liegt beim grenzüberschreitenden Fernbusverkehr auf der Einhaltung der straßenverkehrsrechtlichen Bestimmungen und der sozialrechtlichen einschlägigen Vorschriften. [...]“

Nur in „Einzelfällen“ beteilige sich die sächsische Polizei an den Kontrollen der Bundespolizei, so die Staatsregierung. Dass die sächsische Polizei mit § 19 Absatz 1 Nummer 3 und 5 des sächsischen Polizeigesetzes ausdrücklich auch eine eigene Kontrollkompetenz (gänzlich unabhängig von der Bundespolizei) hat, ließ die Staatsregierung dabei komplett unter den Tisch fallen. In der Antwort auf meine Anfrage wurde demgemäß auch keine Auskunft darüber erteilt, wieviel illegale Einreisen 2016 und 2017

über Fernbuslinien festgestellt wurden.

Die Staatsregierung praktiziert hier wieder einmal Vogel-Strauß Politik vom Feinsten. Sie plant auch in Zukunft keine Maßnahmen zur vermehrten Kontrolle.

Gleichzeitig fordert Kretschmer aber öffentlich Grenzkontrollen und härtere Strafen gegen Kriminelle. Widersprüchlicher und scheinheiliger kann man kaum vorgehen. Insbesondere die CDU versucht die Bürger bei dem Thema Asyl immer noch für dumm zu verkaufen. Neben vielen anderen Versäumnissen und Verfehlungen wird sie dafür in Sachsen 2019 hoffentlich die Quittung bekommen. Systematische Kontrollen der Fernbusse auch durch die sächsische Polizei sind unbedingt notwendig. Auch muss effektiver gegen die Hintermänner vorgegangen werden, die mit Schleusungen Millionen verdienen. Am wichtigsten ist jedoch, endlich das Asylrecht zu reformieren. Asylanträge müssen in den Herkunftsländern gestellt werden, illegal Einreisende dürfen keine Leistungen erhalten.

Entscheidend ist dann nämlich nicht mehr, ob man es einfach nur irgendwie nach Germany schafft. Wird dies nicht konsequent umgesetzt, bleibt alles andere - auch die Kontrollen - nur Makulatur.



von
Carsten **Hütter**
MdL

Förder-Irrsinn beenden!

Die EU-Kommission wird demnächst ihren Vorschlag zur nächsten langfristigen EU-Haushaltsplanung vorlegen. Dazu vermeldete „Die Zeit“ am 5.2.18: „Einem Bericht zufolge erwägt die EU-Kommission, strukturschwache Regionen nur noch in ärmeren Mitgliedsstaaten zu fördern...“

Denken wir ans Juncker-Prinzip („Wir beschließen etwas, warten ab was passiert. Wenn es dann kein großes Geschrei und keine Aufstände gibt, weil die meisten gar nicht begreifen was dort beschlossen wurde, dann machen wir weiter“), verheißt das nichts Gutes für Sachsen! Sachsen bekam für 2014-20 rund 2,8 Milliarden Euro zugesprochen - rund 2,1 Milliarden Euro aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) und rund 663 Millionen Euro aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF). Fallen z.B. die Gelder für Schulungen, Maßnahmen zur Weiterqualifizierung usw. bei gleichbleibendem Bedarf weg, beträfe das 8.500 Projekte, die dann anderweitig zu finanzieren - oder zu streichen - wären. Alles nicht nötig, wenn wir dem ganzen Fördergelder-Spuk Einhalt geböten! So hat Deutschland 2016 rund 11 Milliarden Euro mehr zum EU-Haushalt beigetragen als es an Mitteln erhielt, Frankreich zahlte rund 9 Milliarden Euro mehr, Großbritannien etwa 6,3 Milliarden Euro.



Symbolbild: Förder-Irrsinn

Hier stellt sich grundsätzlich die Frage: Warum muss ein Land einen Teil seiner Steuergelder an die EU geben, um im Anschluss daran wieder - unter allerlei Bemühungen* - einen Teil dieser Mittel (nun Fördergeld genannt), zurückzubekommen?

Weiterlesen auf Seite 5

Wenn Abgeordnete der Altparteien fordern, „Die Regionalpolitik der Europäischen Union muss auch nach 2020 die regionalpolitische Entwicklung in Sachsen spürbar und zukunftsweisend unterstützen“,



Symbolbild: Geldbörse

befinden sich Politiker auf dem Holzweg. Ein Leserbriefschreiber erkannte in der „Sächsischen Zeitung“ richtig: „Mit den Fördergeldströmen bringt man ganze Regionen nur in Abhängigkeiten und hält die Subventionsempfänger klein!“

Wann haben wir es endlich satt, vorher entzogenes Geld aus Brüssel zurückerbeteln zu müssen? Wofür brauchen wir diese künstlich geschaffene Abhängigkeit?

Die EU - in ihrer jetzigen Form - ist nicht die Lösung, sondern das Problem selbst! Regionalpolitik - inklusive deren Finanzausstattung - gehören zurück in die Hand der Mitgliedstaaten! Oder, wie Magret Thatcher sagen würde: „I want my money back!“



von
Mario Beger
MdB

*So sind im sächsischen Staatshaushalt mehrere Mio. € für Beratung von kleinen und mittelständischen Unternehmen (KMU) vorgesehen, um diese in die Lage zu versetzen, überhaupt Anträge für EU-Rahmenförderprogramme stellen zu können! (Titel 07 03 686 10)

Sanktionen und Kriegshetze gegen Russland sind der falsche Weg

Europa entfremdet sich immer mehr von Russland. Viele kleine Schritte haben dazu geführt, dass wir heute vor einem Scherbenhaufen stehen, dessen Beseitigung viel Zeit und Geld kosten wird.

Beginnend bei der Militärpolitik der NATO-Osterweiterung über die Sanktionen zur Krimkrise, die Einmischung in die Kämpfe in der Ostukraine, die unterschiedlichen politischen Interessen in Syrien bis hin zur Beurteilung des Giftanschlags auf den russischen Ex-Agenten Skripal in England - die CDU-Regierung unter Merkel fährt einen gefährlichen Russland-Kurs.

Welche Auswirkungen der hat, zeigen besonders die Sanktionen gegen Russland hier in Sachsen. Die hiesige Wirtschaft, welche seit Jahrzehnten gute und beste Beziehungen nach Russland pflegt, leidet sehr unter diesen Sanktionen, die nach meinem Erachten ungerechtfertigt und unüberlegt sind.



Militärtransporte auf der A4 hinter Bautzen

Laut Industrie- und Handelskammer ist der sächsische Export nach Russland zwischen 2014 und 2017 um 670 Millionen Euro eingebrochen. Während Russland neue Geschäftspartner im Osten sucht und findet, sollen sächsische Unternehmen auf anderen, schon besetzten Märkten um Marktanteile kämpfen.

Das kann die kapitalschwache heimische Wirtschaft gar nicht leisten. Die Folge sind Arbeitsplatzverluste und geringere Steuereinnahmen, die aber die CDU-Regierung schulterzuckend in Kauf nimmt. Ebenso unverständlich ist die Haltung zu Syrien, einem Kriegsgebiet mit unzähligen Akteuren,

deren Namen sich fast täglich ändern. Während Russland sich zum Staatsoberrhaupt Assad bekennt - kein Demokrat, aber wer kann das schon von sich im Nahen Osten behaupten? - und versucht, den Konflikt zu befrieden, tut die CDU-Regierung nichts, was nach einer diplomatischen Lösung ausschaut. Stattdessen werden undurchsichtige Gruppierungen sogenannter „Rebellen“ unterstützt, die sich im Nachhinein immer wieder als Terroristen entpuppen.



Militärtransporte der A4 hinter Bautzen

Wohlwissend um unseren politischen Einfluss fordern wir, dass die Russland-Sanktionen aufgehoben werden und die Syrer in ihre bürgerkriegsfreie Heimat zurückkehren sowie einen angemessenen Interessensausgleich in der Ostukraine.

Wir wollen eine schnellstmögliche Normalisierung der Beziehungen zu Russland, um in offenen Gesprächen unsere politischen und wirtschaftlichen Interessen auszugleichen.

Sachsen braucht Russland mehr als umgekehrt!



von
Jörg Urban
MdB



Markt von Ostritz

Linkspartei kooperierte mit Linksextremen

Aufatmen in Ostritz. Dank des größten Polizeieinsatzes in Ost Sachsen seit zehn Jahren, blieben am Wochenende vom 20. bis 22. April Straftaten die Ausnahme. 70 zählten die Behörden, davon fünf Körperverletzungen. Es kam also nicht zu den befürchteten größeren Krawallen zwischen Neonazis und Antifas. Dennoch ist nicht alles in Butter. Wochenlang beschäftigte sich die Presse mit dem Neonazi-Festival.

Der dadurch erlittene Imageschaden für die Stadt Ostritz ist kaum zu beziffern. Darüber hinaus zeigte sich schon im Vorfeld der Veranstaltungen, wie eng die Verzahnung auf der Gegenseite ist. Das sächsische Innenministerium bestätigte mir in einer Kleinen

Anfrage (Drs. 6/12622), dass die Görlitzer Linkspartei mit Linksextremisten kooperiert. Linksextremistische Gruppierungen aus Görlitz, Dresden und Leipzig warben für die Linken-Demo mit dem Titel „Rechts rockt nicht“. Dass die Linken offen mit Extremisten zusammenarbeiten, ist nicht hinnehmbar.

Unsere Aufforderung, sich von gewaltbereiten und verfassungsfeindlichen Kräften deutlich zu distanzieren, ließen sie jedoch verstreichen.

Aufgrund der zeitlichen und örtlichen Nähe zur linksextremen Demonstration, bekam auch das Ostritzer Friedensfest, das von Ministerpräsident Michael Kretschmer (CDU) eröffnet wurde, bereits im Vorhinein ein Geschmäcke.

Die Initiatoren haben es zugelassen, dass sich die Linksextremisten wieder einmal beim Kampf gegen rechts an den Mainstream andocken und diesen für ihre

Zwecke ausnutzen konnten. Die AfD hat deshalb die staatliche Förderung des Friedensfestes entschieden abgelehnt. Jeder kann selbstverständlich immer und überall demonstrieren. Dies nennt sich Versammlungsfreiheit. Steuergelder dafür zu verbrauchen, ist jedoch verschwenderisch. Der Polizeieinsatz war, trotz aller Bedenken, in der Größenordnung nicht notwendig - sondern eher als politisches Zeichen.

Das kritisierte die AfD frühzeitig. Zur Deeskalation hätte es beigetragen, das Friedensfest eine Woche vor oder nach dem Festival durchzuführen und die Extremisten allein zu lassen. Damit hätte man Souveränität und Fingerspitzengefühl bewiesen – eine Position, für die leider nur die AfD warb.



von
Sebastian Wippel
MdB



Besuchen Sie uns im Internet

afd-fraktion-sachsen.de

fb.com/AfD.Fraktion.Sachsen

B 178: MP Kretschmer auf den Spuren von Ex-MP Tillich von 2014!



Symbolbild: Autobahn

Pünktlich aller 5 Jahre reist der sächsische Ministerpräsident durch die Oberlausitz und verspricht den Weiterbau bzw. die Fertigstellung der B178n an den beiden noch fehlenden Stellen bei Weißenberg und zwischen Oderwitz und Oberseifersdorf.

Davon war beim SZ-Interview während seiner Landkreis-Tour am 06.04.2018 auch zu lesen. Derzeit sind wir aber keinesfalls weiter als 2014. Damals stand das Stück bei Weißenberg, fertig geplant, kurz vor der Planfeststellung. Der Staatsregierung bzw. dem SPD-geführten Ministerium fehlte der Mut zum Risiko, und es wurde aufgrund von Bevölkerungsprognosen der fertig geplante 4-spurige Ausbau in Frage gestellt. Mit der Begründung, die Planung sei nicht rechtssicher, weshalb im Falle einer Klage drei bis vier Jahre verloren gehen.

Aber wo stehen wir heute vier Jahre später? Seit 2015 wurde nun beim Abschnitt Nostitz-Weißenberg alles wieder neu geplant, angefangen von der Streckenführung. Die Antwort auf meine Kleine Anfrage Drs.-Nr.: 6/12493 vom 16.03.2018 lautete: Die neue Vorzugsvariante orientiert sich weitgehend am vorher beantragten Trassenkorridor. Allerdings nur dreispurig... und das hat drei Jahre gedauert! Die Landeigentümer, welche den Planfeststellungsbeschluss im Jahr 2014 hätten platzen lassen können, sind also jetzt die Gleichen. Ich wollte wissen, ob mit den betroffenen Landwirten im

Vorfeld der Neuplanung gesprochen wurde. Ich bekam die Antwort, dass die Bürger erst wieder bei dem neuen Anhörungs- und Erörterungsverfahren ihre Interessen einbringen können.

Die AfD ist der Meinung, dass man die Interessen der Landwirte von vornherein mit bei den Planungen berücksichtigen muss. Ein weiterer großer Vorteil wäre auch die Vergabe an regionale Planungsbüros, die sich in der Region besser auskennen und einen besseren Draht zu den Bürgern pflegen. Beim Abschnitt Oberseifersdorf – Niederoderwitz klemmt es auch wieder am Planfeststellungsbeschluss. Das Anhörungs- und Erörterungsverfahren sollte bereits 2017 stattfinden. Jetzt steht hierfür das 2. Quartal 2018 als Termin. Also ist auch hier ein baldiger Baustart noch in weiter Ferne. Deshalb sollte sich Herr Kretschmer hüten, die gleichen leeren Versprechen zu äußern wie sein Vorgänger.

Auch das von Herrn Dulig geführte SPD Ministerium hat diesbezüglich voll versagt. Der Ministerpräsident, welcher 2019 in Sachsen gewählt wird, muss den schnellen Baubeginn realisieren und nicht nur wieder alles versprechen.



von
Silke Grimm
MdB

Impressum

Blaue Post Nr. 15
Februar 2018

Herausgeber

AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag
Bereich Presse & Öffentlichkeitsarbeit
Bernhard-von-Lindenu-Platz 1
01067 Dresden
Telefon: 0351 - 493-4222
E./Mail: presse@afd-fraktion-sachsen.de
info@afd-fraktion-sachsen.de

Redaktion: Albrecht Andreas Harlaß
V.i.S.d.P.: Albrecht Andreas Harlaß
Auflage: 140.000
Erscheinungsweise: Monatlich

Fotonachweise

Fraktion: S. 2, S. 5 (rechts), S. 6

Privat: S. 1, S. 3, S. 4, S. 5 (links), S. 7

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Es wird keine Haftung für unverlangt eingesandte Manuskripte, Zeichnungen und Fotos übernommen. Die Redaktion behält sich vor, zugesandte Beiträge sinnwahrend zu kürzen. Jeglicher Nachdruck von Fotos, Zeichnungen und Artikeln, auch auszugsweise, bedarf der ausdrücklichen Zustimmung des Herausgebers. Die Blaue Post erscheint normalerweise viermal im Jahr. Im Rahmen der digitalen Ausgabe werden auch Links zu Internetinhalten anderer Anbieter bereitgestellt. Auf den Inhalt dieser Seiten haben wir keinen Einfluss. Für den Inhalt ist ausschließlich der Betreiber der anderen Website verantwortlich. Trotz der Überprüfung der Inhalte im gesetzlich gebotenen Rahmen, müssen wir daher jede Verantwortung für den Inhalt dieser Links bzw. der verlinkten Seite ablehnen.



AFD-FRAKTION IM SÄCHSISCHEN LANDTAG



AfD-Fraktion im Web:
afd-fraktion-sachsen.de



AfD-Fraktion bei facebook:
facebook.com/AfD.Fraktion.Sachsen



AfD-Fraktion bei Twitter:
twitter.com/AfD_SLT



AfD-Fraktion bei youtube:
http://bit.ly/1L9TbIf

Hinweis

Die Blaue Post ist auch als PDF-Download verfügbar: www.blaue-post.de

Weitere aktuelle Informationen über die AfD-Sachsen erhalten Sie im wöchentlich erscheinenden Web-Magazin „AfD Sachsen Aktuell“, erhältlich über www.afdsachsen.de. Dort können Sie sich auch in den Newsletter der AfD-Sachsen eintragen.

Zuletzt aus dem Landtag



von
Jörg Urban
MdB

AfD will Gedenktag für 17. Juni einführen

Der 17. Juni 1953 gehört unzweifelhaft zu den Tagen der deutschen Geschichte, auf die wir mit Trauer und mit Stolz zurückblicken können. Was Panzer vorerst im Keim erstickten, vollendete die friedliche Revolution im Herbst 1989. Die Erinnerung an den Volksaufstand in der damaligen DDR, droht leider in Vergessenheit zu geraten. Den mutigen Männern und Frauen gebührt Anerkennung und Respekt. Sie haben unerschrocken ihren Willen bekundet, in einer freien und demokratischen Gesellschaft leben zu wollen. Die AfD will mit einem gesetzlichen Gedenktag die Frauen und Männer ehren, die am 17. Juni für Freiheit und Demokratie gegen die SED-Diktatur kämpften. Sachsen soll mit diesem Gedenktag ein Zeichen setzen. Deshalb haben wir im April-Plenum einen Gesetzentwurf (6/13080) eingereicht.



von
Dr. Rolf Weigand
MdB

AfD will Leichtbauindustrie weiter stärken!

In der Leichtbauindustrie in Sachsen liegen Licht und Schatten eng zusammen. In der Forschung top, in der Industrie eher ein Flop. Grund: Bedeutende Schmelzindustriebetriebe befinden sich außerhalb Sachsens. Hinzu kommt die industrie-feindliche Politik Merckels für den Wirtschaftsstandort Deutschland. Viele Unternehmen haben Pläne zur Verlagerung ihrer Standorte ins Ausland, wenn die CO₂-Auflagen verschärft werden. Das muss die Politik alarmieren. Sachsen muss international wettbewerbsfähiger werden. Von elf Patentanmeldungen, die bisher aus dem Exzellenzcluster „MERGE“ der TU Chemnitz hervorgingen erfolgte nur eine einzige internationale Patentanmeldung in den USA! So präsentiert man dem Ausland sächsisches Wissen auf dem Silbertablett. Trotz Kritik stimmen wir dem Regierungs-Antrag zu, weil auch wir die hiesige Leichtbauindustrie und den Wissens- und Technologiestandort Sachsen stärken wollen.



von
André Barth
MdB

Freie Gelder aus Landesbankdebakel für ländlichen Raum verwenden

Die Sächsische Landesbank (SLB) stand 2007 vor der Pleite. Daran war die CDU-Regierung nicht ganz unschuldig. Sachsen musste damals die SLB verkaufen und eine Garantiebürgschaft in Höhe von 2,75 Milliarden übernehmen. Über 1,8 Milliarden hat dieses Finanzdesaster bis heute den Steuerzahler gekostet. Jetzt ist es an der Zeit, die nach dem Debakel verbliebenen und nicht mehr benötigten rund 800 Millionen Euro des SLB-Garantiefonds sinnvoll zu nutzen! Mit unserem Antrag (6/13082) wollen wir das Geld über den Fonds ‚Ländlicher Raum‘ an die ländlichen Kommunen geben. Zur Errichtung dieses Fonds haben wir bereits im Dezember 2017 einen Gesetzentwurf (6/11443) vorgelegt. Zusammen mit den dort vorgesehenen 250 Millionen Euro jährlich sind diese Mittel ausreichend, um das Leben auf dem Land zukünftig attraktiver zu gestalten.



Blauer Brief

von
Andreas-Albrecht **Harlaß**
Pressesprecher

Neue Leitkultur ist „Tote Hose“

„Wach auf, wach auf, du deutsches Land...“, erscholl es laut und deutlich sonntags aus den Lautsprechern. Ein Ruck ging durch die familiäre Runde, als diese Zeile ertönte. Erschrocken versteiften sich die Bandscheiben am Tisch. Alle blickten Richtung Radio. „...du hast genug geschlafen...“ geht der mittelalterliche Text weiter.

Ein hochoffizieller, von Bürgern zwangsfinanzierter Gebührenfunk war eingestellt, der Titel eine seltene Ausnahme zwischen französischen Chansons. Ein Sender, der in etwa so „rechts“ ist wie Claudia Roth. Was erschrocken stimmt, ist die irritierte Reaktion auf diesen alten (schönen) protestantischen Text.

Wenn aktuell die Luxus-Punker, „Toten Hosen“ zynisch gegen das eigene Land intonieren, stellt sich kaum mehr ein Rückgrat entsetzt, erschrocken oder irritiert auf. Völlig normal in der bundesrepublikanischen Welt inzwischen, ins eigene Nest zu machen.

Wie krude es bei der Umerziehung seit Jahren zugeht, zeigt auch der Fall Andreas Gabalier. Der Sänger aus Graz hatte vor rund 100.000 Gästen die österreichische Hymne gesungen. Und zwar in der alten Version, mit der Textzeile „Heimat bist du großer Söhne“. Dabei hatte doch die „Gender-SA“ zuvor durchgepeitscht, dass wegen „Geschlechtergerechtigkeit“ nun auch die „Töchter“ in diese Textzeile gehören. Die Medien bliesen zur Jagd auf ihn.

Man darf gespannt sein, wann Helene Fischer das Blondsein zum Vorwurf gemacht wird. Oder der deutsch singende Argentinier Semino Rossi erklären muss, warum nach dem Krieg in seinem Land so viele Nazis Unterschlupf fanden.

